

# Inhalt.

Deutschland. Berlin (Londoner Protokoll-Entw. zu d. Dän. Frieden; Genehmigung d. Friedens seit Hannover; Hr. von Hassenpflug; Paserleichterungen nach Polen; Ausfall d. Frankfurter Messe; Ges. über d. Recht d. Eltern zur Bestimm. d. Religion d. Kinder); Stargardt (Ber. urtheil. d. Pastor Weinhold); Köthen (Entlassung d. Landtags); Altona (Kundtschreiben d. Regierung); Hannover (Stimmung für d. Herzogthümer; Einberufung d. Reserven); Frankfurt (Vorbereit. zum Friedenscongre; Schleswig-Holstein Abgeordnete); Dresden (Denkmal für d. geblieb. Soldaten); Kassel (Stellung Sachsens aus d. Zollver.-Conferenz; Vorstell. d. ständ. Ausschusses gegen Hassenpflug); München (d. Regier. für d. Unabhängigkeit d. Herzogthümer).

Oesterreich. Wien (Haynau's Entlassung); Preßburg (Vegna- digungen); Pesth (Einrichtung); Krakau (Eisenbahn nach Lemberg).

Frankreich. Paris (Zusammenberufung d. Bezirksräthe; Nat. Vers.: Preßgesetz; d. Zwiespalt zwischen Changanier u. d. Kriegsmin.; Sedruz-Kollin geg. d. Berg; tel. Dep.).

England. London (d. Herz. v. Cambridge †).

Rußland u. Polen. Kalisch (Inspektionsreise Paskiewitsch's; d. Poln. Gymnasien).

Belgien. Brüssel (d. Aufkündigung d. Handelsvertrags mit d. Zollverein).

Italien. Turin.

Spanien (d. Protest geg. Montemolin's Vermählung).

Portugal. Lissabon (Differenz mit d. Vereinigten Staaten).

Donaufürstenthümer. Bukarest (Hr. v. Meusebach angekommen).

Vermischtes.

Locales. Aus d. Grausfädter Kr.; Aus d. Krotoschiner Kr.; Ostro- wo; Bromberg; Szwodraclaw.

Musterung poln. Zeitungen

Skizzen aus Belgien.

Unceigen

Berlin, den 12. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen außerordentlichen Professor in der theologischen Fakultät des Lycei Hosiana zu Braunsberg, Licentiat Krüger, zum ordentlichen Professor in derselben Fakultät; und

I. Im Departement des Appellationsgerichts zu Königsberg: den früheren Tribunals-Rath Fischer zum zweiten Direktor des Stadtgerichts in Königsberg, den Land- und Stadtgerichts-Direktor, Kreis-Justizrath Gisevius, zum Direktor des Kreisgerichts in Allenstein, den Ober-Landesgerichts-Rath Gutzzeit zum Direktor des Kreisgerichts in Vartenstein, den Land- und Stadtgerichts-Direktor, Kreis-Justizrath Düllo, zum Direktor des Kreisgerichts in Braunsberg, den Appellationsgerichts-Rath Wichert zum Direktor des Kreisgerichts in Heilsberg, den Land- und Stadtgerichts-Direktor, Kreis-Justizrath Ottow zum Direktor des Kreisgerichts in Labiau, den Land- und Stadtgerichts-Direktor, Geheimen Justizrath Hein, zum Direktor des Kreisgerichts in Memel, den Landesgerichts-Direktor Ruffmann zum Direktor des Kreisgerichts in Mohrungen, den Land- und Stadtgerichts-Direktor, Kreis-Justizrath Ackermann, zum Direktor des Kreisgerichts in Neidenburg, den Land- und Stadtgerichts-Direktor Kranz zum Direktor des Kreisgerichts in Ortelburg, den Land- und Stadtrichter, Kreis-Justizrath Reichert, zum Direktor des Kreisgerichts in Osterode, den Kommerz- und Admiralitätsrath Edler zum Direktor des Kreisgerichts in Kössel, und den Ober-Landesgerichtsrath Fürstenthall zum Direktor des Kreisgerichts in Wehlau;

II. im Departement des Appellationsgerichts zu  
Insterburg: den früheren Land- und Stadtgerichts-Direktor The-  
sing zum Direktor des Kreisgerichts in Angerburg, den Land- und  
Stadtgerichts-Direktor Kaempfert zum Direktor des Kreisgerichts  
in Darkehmen, den Land- und Stadtgerichts-Direktor Dieckhoff zum  
Direktor des Kreisgerichts in Goldapp, den Land- und Stadtgerichts-  
Direktor von Klitzing zum Direktor des Kreisgerichts in Gumbinnen,  
den Landgerichts-Direktor Heinemann zum Direktor des Kreisgerichts  
in Heydekrug, den Land- und Stadtgerichts-Direktor Steffenhagen  
zum Direktor des Kreisgerichts in Löben, den Land- und Stadtgerichts-  
Direktor Meyherr zum Direktor des Kreisgerichts in Marggrabowa,  
den Kreisgerichtsrath Sperling in Gumbinnen zum Direktor des  
Kreisgerichts in Willkallen, den Land- und Stadtgerichts-Direktor von  
Sanden zum Direktor des Kreisgerichts in Ragnit, den Land- und  
Stadtgerichts-Direktor Krafft zum Direktor des Kreisgerichts in Sta-  
lupönen und den Land- und Stadtgerichts-Direktor Reuter zum Di-  
rektor des Kreisgerichts in Tilsit zu ernennen.

Der praktische Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer Dr. Brandts in Einnich, ist zum Kreis-Physikus des Kreises Jülich ernannt; und der Kreis-Physikus Dr. Augustin zu Marienburg in gleicher Eigenschaft in den Kreis Pr. Stargardt versetzt worden.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Staats- und Minister des Innern, Freiherr von Manteuffel ist von Gollsen hier angekommen — Der Staatsminister von der Heydt ist nach den Provinzen Pommern und Preußen abgereist

Deutschland.

Berlin, den 10. Juli. Der nichtamtliche Theil des „Staats-  
 Anzeigers“ enthält einen Auszug aus dem Protokoll der ach-  
 ten Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums vom 5.  
 Juli, deren Inhalt wir bereits mittheilten. Herr v. Radowitz gab  
 in dieser Sitzung die bekannte Auskunft über die Verhandlungen zwi-  
 schen Oesterreich und Preußen in Verreß des Interims, welche bisher  
 zu keinem Resultate führten, und stellte die einfache Verlängerung des  
 Provisoriums der Union anheim. Ein Schreiben des Herrn v. Reppel  
 zeigte an, daß die großherzoglich besessene Regierung nicht beabsichtige,  
 an dem provisorischen Fürsten-Kollegium, als der Regierung einer en-  
 geren, wie die im Bündniß vom 26. Mai vorgesehene, Union, sich zu  
 betheiligen, dagegen ihre endliche Erklärung den Umständen nach für  
 den Fall des Uebergangs der engeren Union zu einem Definitivum  
 sich vorbehält.

— (Berl. N.) Dem Vernehmen nach wird Hr. Hassenpflug das

Justizministerium abgeben, wenn das Appellationsgericht den Spruch des Greifswalder Kreisgerichtes in Rechtskraft setzen sollte, jedoch jedenfalls in der persönlichen Umgebung des Kurfürsten bleiben. Mit seinen politischen Freunden in Berlin u. steht er in fortgesetzten Mittheilungen. — Vielen größeren Gutsbesitzern bei uns ist die bevorstehende Einführung der allgemeinen Gemeindeordnung in so hohem Grade zuwider, daß sie keine Bemühungen sparen, um dieselbe zu hintertreiben, wogegen die Freunde der Verfassung auf die Festigkeit des Ministers Manteuffel in seinem Ressort hoffen. — Nach Mittheilung der k. russischen Gesandtschaft an die hiesige Regierung sind die, in jüngster Zeit angeordneten Beschränkungen der Passiva nach Polen gegenwärtig nicht mehr gültig, und wird daher die Ertheilung der Visa nach den früheren Bestimmungen wieder eintreten. — Der Prinz Friedrich von Hessen hat nach der Rückkehr von Wien, wo er für seine Ansprüche an den dänischen Thron zu wirken suchte, Unterhandlungen mit den Agnaten über denselben Gegenstand angeknüpft. Das Gleiche versucht für sich bei den Agnaten der Prinz Peter von Oldenburg, der in St. Petersburg Chef einer Abtheilung für das Kirchenwesen im Reichsrathe und außerdem russischer General der Infanterie ist, auch vom Hofe in seinen Absichten sehr bedeutend begünstigt wird. Beide Fürsten kamen zufällig in Norddeutschland zu der Zeit an, wo das Schicksal der Herzogthümer durch eine große Krisis gehen wird und die Erbfolgefrage in starke Anregung dabei kommen dürfte. — Ueber den Ausfall der gegenwärtigen Messe in Frankfurt a. d. O. vernimmt man Günstiges. Baumwollenwaaren, so wie Leder und Tuche, sollen besonders stark gesucht sein. — Vor einigen Tagen wurde hier ein vom Starrkrampf befallenes Kind, daß man schon für todt hielt, noch kurz vor der Beerdigung durch die von einem Arzte wiederholt vorgenommenen Belebungsversuche gerettet und befindet sich jetzt ganz wohl.

— Beim Kammergerichte fand gestern die Verhandlung eines interessanten Prozesses statt. Der Apothekergehülfe Grodzki in Wittstock hatte eine Zeit lang versucht, diejenigen Personen, die in der Apotheke seines Prinzipals Medikamente anfertigen ließen, vor einem Dr. Schulz zu warnen und dabei mehrfach geäußert: daß er diesem Doktor keine Rake, viel weniger einen Menschen anvertrauen würde, denn derselbe führe seine Kranken zu Tode. Der Doktor Schulz benutzte gegen den ic. Grodzki wegen Verläumdung und derselbe wurde deshalb, da die gethanen Äußerungen geeignet sind, dem Doktor Schulz in der öffentlichen Meinung zu schaden, unter Anklage der Verläumdung gestellt. Sieben verschiedene Fälle dieser Art wurden ermittelt. In der Untersuchung behauptete der Angeklagte, daß der Arzt seinen Kranken Gift, in anderen Fällen aber wochenlang Zuderwasser ic. verordne, und gab Fälle an, in denen die Kranken in Folge dieser Behandlung gestorben sein sollen, verlangt auch zur Bekräftigung seiner Angabe die Ausgrabung der Verstorbenen und deren Obduktion. Er führte ferner an, daß er die Behörde bereits auf das Verfahren dieses Arztes aufmerksam gemacht habe. Diese Einwendungen halfen dem Angeklagten nicht, er wurde überwiesen, für schuldig erklärt und vom Gerichtshofe zu Wittstock zu einer 6monatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt. Gegen dieses Erkenntniß appellirte der Angeklagte und hatte mit seiner Bertheidigung den Dr. Stieber beauftragt. Der Appellationshof setzte nach Anhörung des Defensors und Staatsanwalts Alffessor Riem die Strafe gegen den Angeklagten auf 4 Wochen Gefängniß herab.

— Die „Deutsche Reform“ theilt in ihrem gestrigen Abendblatte den von dem Verfassungs-Ausschusse des provisorischen Fürsten-Collegiums unterm 2. d. Mts. über die Stellung Sachsens zur Union erstatteten Bericht wirklich mit. Derselbe trägt schließlich darauf an: „Daß zur Wahrung der Rechte der Union in geeigneter Weise zur Kenntniß der Königlich sächsischen Regierung gebracht werde, daß man weder die vertragsmäßig übernommene Verpflichtung zur Gewährung der Verfassung, noch die Verpflichtung, sich den Ansprüchen des provisorischen Bundes-Schiedsgerichts in den, in §. 4. des Vertrags vom 26. Mai 1819 angegebenen Fällen zu unterwerfen, in irgend einer Beziehung als erloschen betrachten könne.“

Berlin, den 11. Juli. (Berl. N.) Der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ wird aus Paris der französische Text eines vom 2. Juni d. J. datirten Londoner Protokolls-Entwurfs zu dem mit Dänemark abgeschlossenen Frieden mitgetheilt. Anwesend waren die Vollmächttigen Oesterreichs, Frankreichs, Dänemarks, Großbritanniens, Preußens, Rußlands und Schwedens. Die genannten Mächte (wir geben von hier an die wortgetreue Uebersetzung) haben in Betracht, daß die Aufrechterhaltung der Integrität der Dänischen Monarchie, verknüpft mit den allgemeinen Interessen des Europäischen Gleichgewichts, von hoher Bedeutung für die Erhaltung des Friedens ist, auf die Einladung Sr. M. des Königs von Dänemark beschloffen, die vollkommene Uebereinstimmung festzustellen, welche, was die Aufrechterhaltung dieses Prinzips betrifft, zwischen ihren Kabinetten besteht, und ermächtigten ihre in dieser Konferenz vereinigten Vollmächttigen, die nachfolgende Erklärung in ihrem Namen abzugeben. §. 1. Der einmüthige Wunsch der genannten Mächte ist, daß der Zustand der gegenwärtig unter der Krone Dänemarks vereinigten Besitzungen in seiner Integrität aufrecht erhalten werde. §. 2. Sie erkennen deshalb die Weisheit der Absichten an, welche S. M. den König von Dänemark bestimmen, die Erbfolge in dem R. Hause eventuell zu regeln, um die Anordnungen zu erleichtern; vermöge deren die Dänische Monarchie unverletzt bleiben wird. §. 3. Sie werden vereint weiter Sorge tragen, daß die in Berlin unter Vermittelung Großbritanniens eröffneten Friedensverhandlungen, auf Grund der in Berlin festgestellten Präliminarien, zu einem baldigen Schluß kommen. §. 4. Sobald dieser Zweck erreicht sein wird, behalten sich die genannten Mächte vor, sich unter sich zu verständigen, um den Ergebnissen dieses Friedens ein neues Pfand der Festigkeit, durch die Bestimmung der oben erwähnten Mächte zu geben. Man ist übereinge-

kommen, daß diese Berathung in London stattfinden wird, und daß die genannten Mächte zu diesem Zweck ihre Repräsentanten mit den nöthigen Vollmachten versehen werden.“ — Es wird versichert, sagt das „Korrespondenz-Bureau“, daß Hannover die Ratifikation des Friedens mit Dänemark gleichfalls genehmigen werde. Bestätigt sich diese, glaubhafter Seite entlehnte, Versicherung, so ist anzunehmen, daß auch Seitens anderer Deutschen Staaten, die sich zur Zeit in einem gereizten Verhältniß zu Preußen befinden, die Ratifikation erfolgen wird. Wie wir hören, hätten in dieser Angelegenheit vorläufige vertrauliche Mittheilungen und Berathungen, namentlich zwischen den Höfen von Hannover und München, stattgefunden. Seitens Hannover sollen auch Verhandlungen mit Oldenburg über diesen Punkt stattgehabt haben. Bei den Vorschlägen in Betreff des hannoverschen Prinzipats an der Elbe und der, dieserhalb an Oldenburg ergangenen, Aufforderung ist hier der Fall eines Anschlusses Oldenburgs an Hannover vertraulich bemerkt worden, wie in einem solchem Falle Hannover in den Schleswighischen Angelegenheiten mehr hervortreten und die Ansprüche des Prinzen Friedrich Peter von Oldenburg seiner Zeit unterstützen würde. — Hr. Stüve persönlich soll gegen den Frieden mit Dänemark sein. Versichert wird, daß unter allen Umständen eine Anzahl hannoverscher Offiziere, mit Genehmigung ihrer Regierung, in Schleswig Dienst nehmen werden (s. dagegen unten).

— Nachrichten aus Bukarest zufolge, ist der Bulgariſche Aufſtand als völlig unterdrückt zu betrachten. Auch die Inſurrektion in Boſnien ſcheint gedämpft zu ſein. — Die im Bremer Haſen liegende Deutſche Flotte wird ſeit längerer Zeit faſt nur durch Preußiſche Geldmittel erhalten, woſür indeß bereits mehrere dazu gehörige Schiffe an Preußen verpfändet ſind. — Für die Schleſwig-Holſteiniſche Armee iſt hier und in Potsdam viel Mehl angekauft worden, das mittelſt der Hamburger Eiſenbahn nach Holſtein und Schleſwig befördert werden ſoll.

— Im Justizministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über das Recht der Eltern zur Bestimmung wegen des Religions-Unterrichts der Kinder ausgearbeitet. Derselbe bestimmt im Wesentlichen, daß bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahre des Kindes der eheliche Vater, und nach dessen Tode die Mutter, bei unehelichen Kindern die Mutter allein das Recht jener Bestimmung habe und dasselbe weder durch Vertrag, noch sonst aufgehoben oder beschränkt werden könne. Nach dem Tode der Eltern geht dieses Recht auf das Vormundschaftsgericht oder den Familienrath, nach Anführung des Vormundes, über, und soll die Erziehung in dem Glaubensbekenntniß des Vaters als Regel gelten. Bei Scheidungen bleibt das Bestimmungsrecht dem schuldlosen Theile, bei andern Ausschließungen des Erziehungsrechtes der Vormundschaftsbehörde. Nach dem vierzehnten Lebensjahre hängt das Glaubensbekenntniß von der freien Selbstbestimmung des Kindes ab. — Das Kammergericht hat vor einigen Tagen den Grundsatz ausgesprochen, daß auch diejenigen Widersekligkeiten gegen Personen, welcher sich die executiven Beamten zur Beihülfe bei Ausführung ihres Amtes bedienen, ebenfalls, wenn die Widersekligkeit während der Hülfslleistung stattfindet, als Widersekligkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit zu betrachten und zu bestrafen seien. — Die Civil-Bevölkerung Berlins betrug am Schlusse des Monats Mai d. J. 408,090 Seelen. — Seitens des Senats der hiesigen Universität scheint eine Besichtigung des Professoren-Congresses, der auf die Zeit vom 19. bis 21. Sept. d. J. nach Heidelberg ausgeschrieben ist, nicht beabsichtigt zu werden. Dagegen finden unter den Docenten, namentlich den jüngeren, vielfache Privatbesprechungen statt, um eine offizielle Vetheiligung hiesiger Universitätsmitglieder an den Heidelberger Verhandlungen herbeizuführen.

Stargard, den 8. Juli. Der Pastor Meinhold in Rehwinkel, Verfasser der Bernsteinhexe, hatte in einem Artikel der „Neuen Preussischen Zeitung“ den Prediger Stosch in Gremmin auf eine solche Weise angegriffen, daß letzterer ihn gerichtlich belangte. Herr Meinhold ist jetzt durch gerichtliches Erkenntniß 1ster Instanz wegen Verläumdung zu 3monatlicher Gefängnißstrafe und außer den Kosten zu einer Geldstrafe von 100 Thlr. verurtheilt worden, weil er bereits einmal wegen Injurien gegen den Staatsanwalt Hillmar bestraft ist. Zugleich steht dem Kläger frei, auf Kosten des Verurtheilten das Erkenntniß in drei Blättern zu publiziren. (Dissee. 3tg.)

Röthen, den 9. Juli. (Nat.-Z.) Der vereinigte Landtag von Anhalt-Deßau und Anhalt-Röthen war heute in Deßau zusammenberufen; nachdem sich aber im Verlaufe der Sitzung vielerlei Opposition gegen das Ministerium erhoben hatte, erklärte der Minister Gösler den vereinigten Landtag — nicht für vertagt, nicht für aufgelöst, sondern für — „entlassen“, und zwar ohne Angabe der Zeit einer abermaligen Zusammenberufung.

Altona, den 10. Juli. Der „Altonaer Merkur“ enthält zwei Rundschreiben der Regierung an die Behörden der Herzogthümer. In dem ersteren werden die Obrigkeiten in den an den Küsten und Flüssen der Herzogthümer belegenen Orten aufgefodert, die Handel und Schifffahrt treibenden Bewohner der gedachten Orte hiervon in Kenntniß zu setzen, damit sie, soweit thunlich, rechtzeitig ihre auf der See befindlichen Schiffe und deren Ladung in Sicherheit bringen können. In dem zweiten werden die Polizeibehörden ermahnt, auf die in großer Anzahl ankommenden verdächtigen Ausländer zu achten.

Hannover, den 9. Juli. Man hat hier die Hoffnung nicht aufgegeben, daß der Frieden nicht werde ratificirt werden. Schleiden war hier sehr gut aufgenommen. Der König soll für die Herzogthümer nicht ungünstig gestimmt sein. Daß die Kammern von Herzen deutsch, ist Ihnen bekannt. Bemerkenswerth ist ferner, daß alle Reservisten bis zum 30ten Jahre einschließlich einberufen worden sind; nicht minder die Melbung der amtlichen Nachrichten, daß dem Oberstlieutenant von Wiffel von der Artilleriebrigade die nachgesuchte Dienstentlassung bewilligt worden ist. Oberstlieutenant von Wiffel, einer der ausgezeichnetsten Offiziere dieses Korps und als militairischer Schriftsteller vortheilhaft bekannt, ist, wie man



vernimmt, von der Schleswig-holsteinischen Statthalterchaft zu einer hohen Stellung in dem dortigen Heere berufen, in welchem bekanntlich eine große Anzahl hannoverscher Offiziere Dienste genommen haben. Daran, daß in diesem Augenblicke vom Könige eine Abschiedsbewilligung erteilt ist, erkennt man wenigstens, daß Hannover nicht daran denkt, die Stellung der Herzogthümer den dänischen Waffen gegenüber abzüglich zu schwächen.

Frankfurt a. M., den 8. Juli. Die Herren Richard und Elisu Burritt sind bereits seit mehreren Tagen hier anwesend, um als Bevollmächtigte der englischen und amerikanischen Friedensgesellschaften die Einleitungen zu dem vom 22. bis 24. August abzuhaltenden Friedenskongress ins Werk zu setzen. Von Seite der Behörden ist bereitwillig die Hand geboten worden; gleichzeitig hat sich ein Ausschuss aus hiesigen Einwohnern gebildet, um für die Aufnahme der Kongressmitglieder Vorkehrungen zu treffen. Frankfurts bewährte Gastlichkeit wird sich auch hier nicht verweigern. Man sieht zahlreiche Theilnahme an dem Kongresse, nicht bloß von Frankreich, England, den Niederlanden, sondern auch von Amerika entgegen. Die Sitzungen sollen in der Paulskirche gehalten werden, welche in ihrer innern Einrichtung noch ganz das Gepräge eines Parlamentshauses an sich trägt, und zahlreiche Besuche von Fremden empfängt. — Die Reiselust scheint in diesem Sommer in dem Maße wieder zuzunehmen, als sie während der beiden bewegten Jahre 1848 und 1849 ins Stocken gerathen war. Besonders zahlreich ist der Zuzpruch der Söhne und Töchter Albion's, die sich theils in den Laubbädern niederlassen, theils der Schweiz und Italien zuwenden.

— Das „Frankf. Journal“ schreibt: Wie man versichert, waren am gestrigen Sonntage Schleswig-holsteinische Abgeordnete hier, um bei der kompetenten deutschen Bundesbehörde (welche ist diese?) gegen den preussisch-dänischen „einfachen“ Friedensabschluß Protest einzulegen.

Dresden, den 9. Juli. Heute wurde das dem Andenken der im Dresdener Straßenkampf gefallenen preussischen und sächsischen Krieger errichtete Denkmal feierlich geweiht. Es besteht dasselbe aus einem schlanke, aus Meißener Granit gehauenen Obelisk, welcher auf einem vier Fuß hohen Piedestal ruht. Auf den vier Seiten der Säule sind die Namen der unter dem Denkmale Begrabenen mit vergoldeten Buchstaben zu lesen. Das Gewicht der Säule beträgt gegen 170 Centner. — Der König, Prinz Johann (Bruder des Königs) und dessen Sohn Albert wohnten der Feier bei.

Kassel, den 7. Juli. (D. Z.) Auf der hier zusammengetretenen General-Conferenz der Zollvereins-Bevollmächtigten scheint Sachsen eine von Oesterreich soufifirte Rolle spielen zu wollen. Während nämlich von allen übrigen stimmführenden Staaten die Annahme der vom preussischen Handelsminister ausgehenden Vorschläge, wenn auch mit einigen Modifikationen, in fester Aussicht steht, will Sachsen von gar keiner Tarifänderung etwas wissen, sondern bringt auf Inbetrachtung des österreichischen Zollvereins-Projektes. Da der Widerspruch auch nur eines Staates die Einführung der vorgeschlagenen Tarifänderungen unmöglich macht, so steht demnach zu befürchten, daß die ganze Konferenz resultatlos bleiben werde. Daß sie andererseits im gegenwärtigen Stadium der deutschen Einigungsfrage in der von Sachsen beantragten Richtung zu keinem Resultat führen könnte, liegt auf der Hand.

Kassel, den 8. Juli. (Verl. N.) Der bleibende ständische Ausschuss hat vorgestern an den Kurfürsten eine Vorstellung gerichtet, in welcher auf die Beschuldigungen eingegangen wird, welche die landesherrliche Verkündigung auf die aufgelöste Ständeversammlung häuft. Was namentlich das Verhältniß der Versammlung zu Hrn. Hassenpflug betrifft, so heißt es in dieser Vorstellung:

„Wir wissen, wir G. R. Hoheit daran erinnern, welche unseligen, endlosen Kämpfe alle Ständeversammlungen mit dem Manne zu bestehen gehabt haben, der damals, wie jetzt, der eigentliche Feind der Staatsverwaltung war? Wer hat sich mehr, als er, als einen Feind der Volksvertretung, einen Deutler der Verfassung erwiesen, wer anders, als er, den vergiftenden Streit angezettelt, welcher den Landesfürsten und das Land in einer Eigenthumsfrage als Parteien gegenüberstellte, wer hat die Idee angeregt, daß G. R. H. an die Handlungen Jhres nun in Gott ruhenden Vaters, des StifTERS der Verfassung, nur bei dessen Lebzeiten gebunden wären? und war das nicht der Keim der Krise, die gegen das Ende des Jahres 1847 erst das Land, und dann den Thron umzuküßern suchte? Ist das nicht derselbe Mann, der den, von G. R. H. ihm großmüthig und vertrauensvoll angebotenen, Platz in Jhrem Rathe in einer Zeit annahm, wo er im Auslande sich in Anlagestände wegen Fälschung wußte, und dessen gerichteter Namen nun das Ansehen der Regierung herabwürdigte? Auf stärkere Gründe ist noch niemals einem Ministerium das Vertrauen abgesprochen worden.“

München, den 5. Juli. Gestern war zufolge der von der bayerischen Gesandtschaft zu Berlin hieher gemachten Meldung von dem Abschlusse eines Separat-Friedens zwischen Preußen und Dänemark, eine Berathung unter den Ministern. Es scheint, diese Nachricht kam ziemlich unvermuthet, und man will wissen, daß unsere Regierung sich entschieden für die Unabhängigkeit der Herzogthümer aussprechen werde. Welchen Eindruck Baierns Stimme machen, und welchen Erfolg sie haben wird, kann nur die Zukunft zeigen. (R. v. u. f. D.)

#### Oesterreich.

Wien, den 9. Juli. (Wanderer.) Die amtliche „Wiener Zeitung“ bringt heute an der Spitze ihres Blattes die folgenden Zeilen: Ueber allerunterthänigsten Antrag des Ministerrathes haben Se. Majestät mittelst allerhöchster Entschliessung vom 6. d. M. den Zeugmeister, Freiherrn v. Haynau, der Stelle als Befehlshaber der II. Armee, und der, in Anbetracht des gegenwärtig im Königreiche Ungarn bestehenden Ausnahmestandes, damit verbundenen Vollmachten zu entsenden geruht.

Mit dieser Verfügung hat sich die Scene in Ungarn plötzlich verändert, der Held, der in der großartigen Tragödie, wie die Weltgeschichte noch wenige gesehen, die Hauptrolle gespielt, wird plötzlich vom Schauplatz abgerufen, die Bühne bleibt einem Augenblick leer und wir sehen mit Spannung den Dingen entgegen, die da kommen sollen. Wer in diesem Momente hinter die Kulissen blicken könnte!... Wir gehören nicht zu den Eingeweichten, und die nächste Zukunft steht, in offener Schleier verhüllt, vor uns, — nur die Vergangenheit liegt offen da, und ihre Wüster ziehen jetzt lebhafter denn je an unserem Auge vorüber. Es müssen große, gewichtige Gründe sein, welche den Entschluß zur Reise brachten, den Mann, der beinahe ein Jahr hindurch mit der ausgebreitetsten Vollmacht, als unumschränkter Herr über Leben und Tod in dem größten Kronlande der Monarchie wirkte, so plötzlich, und ohne die geringste Aeußerung der Zufriedenheit von seinem Posten abzuberufen.

Es wird sich in den nächsten Tagen entscheiden, an wen nun die oberste Gewalt in Ungarn übergeht und ob die Abberufung des F. M. Haynau mehr als einen bloßen Personenwechsel zur Folge hat. Es könnte jetzt ein großer Schritt geschehen, um Ungarn über seine Zukunft zu beruhigen; es wird sich wohl recht bald zeigen, ob die Regierung diese günstige Gelegenheit, die gewiß nicht alle Tage wiederkehrt, zu benützen gewillt sei!

Preßburg, den 8. Juli. (Wanderer.) Zu den Berathungen, welche hier über die Handelskammer in voriger Woche begonnen, sind auch mehrere praktische Männer aus dem hiesigen Handelsstande beigezogen. Die wohlthätigen Folgen dieses Institutes liegen zu nahe auf der Hand, als daß sich nicht gerne Jedweder dabei betheiligte. — Heute haben mehrere Aburtheilungen hier stattgefunden, sämmtliche Verurtheilte, worunter auch welche zu zwölfjähriger Haft, sind freigelassen. Näheres darüber kann ich erst morgen berichten.

Pesth, den 5. Juli. Das Pesther Kriegsgericht veröffentlicht die in Gyöngyös am 1. Juli in Vollzug gebrachte Verurtheilung des Stephan Postoczky zum Tode durch den Strang. Postoczky war unter Anderem auch bezichtigt, daß er im Vereine mit mehreren Anderen in der Nacht des 26. Juli 1849 an der räuberischen Tödtung des als Courier von Mezökövesd nach Pesth reisenden K. R. Oberst-Lieutenants Karl Baron von Hack unmittelbaren Antheil genommen habe.

Krakau, den 7. Juli. Einem Privatschreiben aus Wien zufolge verkündete der Handelsminister v. Bruck, als er am 30. Juni die Eisenbahn-Arbeiten am Sommering besichtigte, den daselbst versammelten Ingenieuren, daß spätestens im Verlaufe zweier Wochen eine Abtheilung derselben mit einem Inspektor an der Spitze nach Galizien abgehen würde, um den Plan einer Eisenbahn von Krakau bis Lemberg zu entwerfen. Noch im Laufe dieses Jahres solle dieser Plan vollständig ausgearbeitet werden, damit im Frühling 1851 die Arbeit an dieser Bahn beginnen könnte. Zum Inspektor dieser Arbeiten ist ein Hr. Pilsarski bestimmt; und der hieher beordnete Ober-Ingenieur Dimmer soll bereits von Wien abgegangen sein. — Mehrere hiesige Israeliten, die sich in Wien befinden, berichteten hierher, daß unsere Stadt in zwei Gemeinden, eine christliche und jüdische, getheilt werden soll. Diese Nachricht scheint uns sehr unwahrscheinlich. — Ein talentvoller polnischer Maler in Warschau, Smokowski, hat so eben ein großes Gemälde vollendet, auf dem der ehemalige magyarische Obergeneral Görgey dargestellt ist, wie er nebst seiner Armee vor dem russischen General Rüdiger die Waffen streckt.

#### Frankreich.

Paris, den 8. Juli. (Köln. Z.) Die Bezirksräthe sind durch Decret L. Napoleon's zusammenberufen worden; sie werden sich am 22. Juli zum ersten Male versammeln. — In der Voraussehung, daß es bei den Mairieen in Folge der Ausstreichung so vieler Bürger aus den Wahllisten etwa da oder dort zu Tumulten kommen könnte, waren daselbst gestern Morgens die Posten der Nationalgarde, so wie die nahen Truppenposten verdoppelt worden. Die Polizei übte eine sehr enge Ueberwachung, zahlreiche Patrouillen machten die Runden, und in den Kasernen waren die Mannschaften fast den ganzen Tag hindurch unter den Waffen. Nirgendwo ward jedoch die Ordnung auch nur eine Minute gestört.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung sind die Tribünen zeitig gefüllt, da das neue Preßgesetz auf der Tagesordnung steht. Zunächst wird die Diskussion über die Dringlichkeits-Erklärung eröffnet. Der Vorsitzende, Dupin, giebt Mathieu (Drome) gegen die Dringlichkeits-Erklärung das Wort: „Die Verwerfung der Dringlichkeits-Erklärung bringt die Verweisung des Gesetzes-Gesetzes an den Staatsrath mit sich; die Verweisung an den Staatsrath ist der beste Ausweg für alle, die das Gesetz nicht wollen. Diese vorgebliche Dringlichkeit wird immer behauptet. Sie ist behauptet worden nicht nur bei dem Preßgesetz nach den Juni-Ereignissen vom vorigen Jahre, sondern auch bei dem Gesetz gegen das Vereinsrecht, bei dem Wahlgesetz, und selbst bei dem Dotations-Gesetz. Bei letzterem war freilich die Dringlichkeit besser begründet. Man hatte Eile, die 3 Millionen zu fassen! Wo sind die Gründe für die Dringlichkeit des neuen Preßgesetzes? Die Sprache der republikanischen Presse ist ruhig und gemäßig, während die entgegengesetzte Presse heftig, insolent und herausfordernd ist. Gesehen Sie vielmehr, daß ihr Zweck ist, die Verbreitung der Gedanken so schnell als möglich zu unterdrücken, das Volk zu verhindern, zu lesen, sich zu unterrichten, nachzudenken. Denn Ihr Gesetz trifft Broschüren wie Journale, Bücher wie Broschüren, wissenschaftliche Schriften wie politische, das Gute wie das Böse: es ist blind. Wollen Sie die Freiheit ganz vernichten? Dann unterdrücken Sie nur auch die Verfassung, diese Tribune, gehen Sie bis zum Letzten vor. Entweder Freiheit oder Despotismus, Gedanken- oder Satherrschschaft, Vernunft oder Inquisition! Eine Mitte giebt es nicht, die Welt muß dem Einen oder dem Anderen gehören.“ Der Redner macht zum Schluß mit großem Eifer noch die verfassungsmäßige Bedeutung der Dringlichkeits-Erklärung geltend, die, seiner Ansicht nach, im gegenwärtigen Falle durchaus keine Anwendung findet, und ermahnt die Versammlung zum Festhalten nicht nur am Buchstaben, sondern am Geiste der Verfassung. „Denn“, setzt er hinzu, „Sie werden bald genöthigt sein, sich in die Verfassung einzuschließen, um sich zu vertheidigen. Man hat zuerst die 3 Millionen verlangt, man möchte dieselben gern 10 Jahre behalten. Man wird es verlangen. Wenn Sie sich in die Verfassung einschließen, so werden Sie unbefugbar sein.“ — Nach einigen Worten von Chasseloup Laubat, Ausschuß-Berichtersteller, wird über die Dringlichkeits-Erklärung namentlich abgestimmt. Bei 619 Abstimmenden (absolute Mehrheit 310) ergeben sich dafür 368, dagegen 251 Stimmen. — Der Marine-Minister übergiebt einen Antrag auf Ausdehnung des Belagerungs-Zustandes über die ganze Insel Guadeloupe, und verlangt die Dringlichkeits-Erklärung, was in Betracht gezogen wird. — Hierauf wird sofort die Diskussion über das Preßgesetz selbst eröffnet. Der Justiz-Minister Rouher besteht auf der Nothwendigkeit des neuen Preßgesetzes, wie überhaupt der bisher votirten strengen Gesetze im Interesse der Gesellschaft, und nicht der Regierung. Er sucht die Unentbehrlichkeit neuer Bestimmungen aus der Thatfache nachzuweisen, daß vom August 1848 bis zum 1. April 1850 von 119 Verurtheilungen 66 wegen mangelhafter Kautelen oder geistlicher Lücken unvollständig geblieben, und von 214,400 Francs Geldbußen nur 86,500 Francs eingegangen sind. Im Laufe seiner weiteren Entwicklung (worin er gelegentlich die jegige Organisation des Geschwornen-Gerichts als mangelhaft bezeichnet) protestirt er gegen die Glorifikation der Februar-Revolution durch einen der vorübergehenden Redner, und nennt dieselbe eine „Katastrophe.“ Ein ungeheurer Tumult entsteht auf den Bänken des Berges. Ungehim und unablässig wird verlangt, der Präsident solle den Minister zur

Ordnung rufen. Der Präsident versucht umsonst, den Sturm zu be-mästern. Er wird meist nicht gehört. Einmal hören wir ihn sagen: „Wenn ich die Absicht gehabt hätte, den Minister zur Ordnung zu rufen, so würden Sie mich daran verhindern!“ Endlich läßt der Präsident den Debattenschluß aussprechen, und der Minister verläßt die Tribune. Allein der Tumult dauert fort. Emil de Girardin gewinnt mit Mühe die Tribune, und spricht unter heftigen Bewegungen. Die Rechte protestirt wüthend. Endlich kommt Girardin zum Worte: „Ich will erklären, warum ich zur Ordnung gerufen worden bin. Ich habe erklärt und erkläre, daß, wenn ein Minister Louis Napoleon Bonaparte's die Februar-Revolution eine „verderbliche Katastrophe“ (eine Katastrophe, eine Katastrophe!), eine „Katastrophe“ nennen darf, ohne zur Ordnung gerufen zu werden, kein Mitglied der Opposition mehr in dieser Versammlung sitzen wird!“ Die Rechte flacht ironisch Beifall. Der Tumult mit heftigen Wortwechseln, besonders um die Ministerbank herum, dauert dergestalt fort, daß der Präsident den Hut ergreift und fortgeht, womit die Sitzung faktisch aufgehoben ist. Noch lange dauern die Zwiesgespräche auf das heftigste fort. Um 6½ Uhr ist endlich der Saal geleert.

In einem heute Morgen abgehaltenen Ministerrathe wurde beschlossen, bei der National-Versammlung 2 Monate für die Dauer ihrer Vertagung zu beantragen.

— Das „Evénement“ erzählt von einem Besuche, welchen der General Changarnier diesen Morgen dem Präsidenten der Republik abgestattet habe. Man versichert, die Uneinigkeit zwischen dem Kriegs-Minister und Changarnier setze den Präsidenten in Verlegenheit. Diese Zwistigkeit soll, in Bezug auf das Lager bei Versailles, einen bedeutlichen Charakter angenommen haben. Dasselbe Blatt versichert, im Widerspruch mit halbamtlichen Blättern, das Lagercommando werde dem General Baraguay d'Hilliers, dessen Stellung zu Changarnier bekannt ist, übertragen werden. Die legitimistische „Opinion“ bemerkt: „Wir beschäftigen uns gar nicht mit der Commandofrage. Mancher hat heute das Ruder in der Hand, welcher es morgen nicht mehr führen wird. Eine Ordonanz ist leicht unterzeichnet.“ — Das Lager bei Versailles beschäftigt die Abgeordneten außerordentlich. Man fragt sich, wozu diese Truppenanhäufung dienen solle? Der Plan besteht übrigens, jedoch im Stillen, schon über 8 Tage. Mehrere Mitglieder glaubten, kategorische Erklärungen fordern zu müssen, und, falls diese nicht befriedigend ausfielen, die Kammer-Vertagung zu ver-schieben. Jedenfalls muß man täglich auf das wichtige Ereigniß, die Absetzung Changarniers gefaßt sein. Würde diese Maßregel getroffen, so ist bei der Mehrheit schon alles vorbereitet, um dem General den Oberbefehl über die Truppen zu übertragen, welche die Nationalversammlung zu ihrem Schutze aufstellen kann. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß mit der Entfernung Changarnier's vom Pariser Commando, der offene Krieg zwischen dem Präsidenten und der Kammer ausbricht. Die Generale Baraguay und Maguan gelten als die Hauptträger der Versailer Lager-Idee.

— Wie wir gestern früh gut unterrichtete Personen versicherten, hat sich im Ministerium und unter den Burggrafen jetzt eine so entschiedene Opposition gegen das Preßgesetz gebildet, so daß das Gesetz bei der Berathung jedenfalls bedeutend modificirt werden wird. Herr von Savoye wird in dieser Versammlung nach langem Schweigen auch das Wort nehmen; er hat einen Gegen-Antrag eingereicht, der die gänzliche Abschaffung aller Cauttionen bezweckt. — Ich berichtete Ihnen bereits zu wiederholten Malen von der Vereinigung der Montagne, mit Ausnahme von 25 Mitgliedern, mit der Linken, so wie von der ersaumlichen Abnahme des moralischen Einflusses des „Parlamentes“ auf das revolutionäre Volk von Paris. Ledru-Rollin bestätigt dieses und wirft ebenfalls seinen Handschuh der Montagne hin. Ich citire eine Stelle: „... Ich muß es hier dem Volke wohl sagen, was die Geschichte ihm einst sagen wird. Die Montagne hat sich des großen Namens unwürdig gezeigt, womit ihre Feinde sie beehrt haben. Volk, habe kein Vertrauen mehr, als zu dir selbst!“ Ich füge hinzu, daß die Herren vom Berge über dieses Auftreten ihres ehemaligen Chefs nicht wenig entrüstet sind; man soll die Absicht haben, durch Artikel in der hiesigen republikanischen Presse die Vorwürfe des Meisters zu widerlegen. — Ueber die Entbindung der Königin von Spanien hat die Regierung bis heute Mittags noch keine telegraphische Depesche erhalten, obgleich an der kleinen Börse das Gerücht lief. An der hiesigen Börse sind in Erwartung dieses Ereignisses fabelhafte Summen in spanischen Papieren engagirt. Die glückliche oder unglückliche Niederkunft der Königin wird mehr als einen Speculanten arm oder reich machen.

Paris, den 10. Juli. Die Artikel über die Kautien, mit Ausnahme Art. 3, der verschoben wurde, angenommen. Amendement über Einführung der Unterzeichnung aller Journalartikel angenommen. (L. Dep. d. N. Pr. Ztg.)

#### Großbritannien und Irland.

London, den 9. Juli. Der Herzog von Cambridge ist gestorben. — Aus New-York wird berichtet, daß die Einwanderung plötzlich sehr abgenommen habe, indem während der ersten beiden Juni-Weeks nur ein Drittheil der sonstigen Auswandererzahl dort eingetroffen sei.

#### Rußland und Polen.

Kasch, den 3. Juli. Der Oberbefehlshaber der activen Armee, Graf Paszkewitsch, weilt gegenwärtig im Gouvernement Mohilew, wohin sich derselbe am 27. Juni begeben hat, um die in der obern Gegend des Dniepr's liegenden Streitkräfte zu inspizieren. Dieser Inspektionsreise werden noch andere in das südliche Rußland folgen, weil der Fürst von Warschau die Absicht hat, alle noch nicht inspizirten Truppen der unter seinem Oberbefehle stehenden 7 Infanterie-corps noch in diesem Jahre zu inspizieren. — Der „Kurier Warszawski“ erwähnt in seinen Besprechungen über die stattgefundenen Prüfungen in den Gymnasien des Warschauer Lehrbezirks auch der Fortschritte, welche die polnische Jugend in der russischen Sprache fortwährend macht. Die Kuratoren der Lehrbezirke sind bekanntlich alte Generale, und nur in wenigen Lehrbezirken werden die Unterrichtsanstalten von erprobten gelehrten Staatsrathen verwaltet. (C. Bl. a. B.)

#### Belgien.

Brüssel, den 8. Juli. Die Indépendance beklagt die Aukündigung des, zwischen dem Zollverein und Belgien bestehenden Vertrages, nicht so sehr aus materiellen Gründen, als wegen der moralischen Wirkung und der daraus entspringenden Tendenzen des Zollvereins. „Es ist leider wahr“, fährt das Blatt fort, „die Deutschen haben bisher noch keinen Beweis eines, in der Regelung politischer Einrichtungen sehr hervortretenden praktischen Sinnes gegeben, die Handelsangelegenheiten werden unglücklicherweise auch nicht besser geleitet... Man hat eine wahrhaft schmerzliche Aufregung im ganzen Zollverein organisiert.“ Der Commerce belge meint sogar, daß Seitens



des Zollvereins feindliche Maßregeln gegen den belgischen Handel zu besorgen seien.

### Italien.

Turin, den 4. Juli. Die Deputirtenkammer bewilligte 6 Millionen Rente Anleihen.

### Spanien.

Der „España“ zufolge, hat die Spanische Regierung das Verfahren ihres Gesandten in der Sache der Vermählung des Grafen von Montemolin mit einer neapolitanischen Prinzessin vollkommen gebilligt, und demselben neue Instruktionen gesandt. Das Seeministerium hat zugleich die nöthigen Befehle erteilt, daß das Dampfboot Kastillo von Alicante nach Neapel abgehen soll, um dort zur Verfügung des Gesandten zu bleiben, im Falle dieser seine Pässe fordern und Neapel verlassen sollte. Man glaubt indes nicht, daß es zu diesem Neupfer kommen, und daß die Vermählung des Grafen v. Montemolin mit der neapolitanischen Prinzessin, aus höheren politischen Gründen, nicht stattfinden werde. Es soll in dem Heirathsvertrage durchaus keine Anspielung wegen eventueller Rechte des Prätendenten auf die Spanische Krone vorkommen. Auf diese Weise wird das freundschaftliche Verhältniß zwischen Neapel und Spanien fortbestehen.

### Portugal.

Lissabon, den 28. Juni. Hier ist ein Amerikanisches Geschwader, bestehend aus einem Dampfer und einer großen Fregatte, angelangt, um gewisse Forderungen der Vereinigten Staaten an Portugal durchzusetzen. Diese Forderungen schweben schon seit langer Zeit; es sind ihrer fünf an der Zahl. Einige davon rühren noch aus dem letzten allgemeinen Kriege her. So verlangt Amerika den Werth eines Raperschiffes, das damals von den Engländern bei den Azoren weggenommen wurde. Die Portugiesische Regierung wendete sich schon damals an England und verlangte Ersatz für die durch das Feuer verursachten Verluste, welchen England im Werth von 300 Pf. St. leistete, während es zugleich gegen die Amerikanischen Ansprüche in Betreff jenes Schiffes protestirte, da die Portugiesische Regierung auch hierfür auf England zurückging. Die übrigen Forderungen beziehen sich auf die Rückerstattung des Werthes von Schiffen, die auf Portugiesischem Gebiet theils gestrandet, theils wegen angeblichen Schmutzgelbes konfiszirt wurden, Forderungen, die von Portugal zum Theil anerkannt werden, nicht aber die doppelten Zinsen, die Amerika ebenfalls fordert. Nach Ankunft der Kriegsschiffe hat der Amerikanische Gesandte Portugal eine Frist von 20 Tagen gestellt.

### Donau-Fürstenthümer.

Bukarest, den 23. Juni. Die längst erwartete Ankunft des neuernannten Preussischen Generalkonsuls für die Walachei und Moldau, Regierungsstrath von Meusebach, ist vorgestern endlich erfolgt. Fürst Stirbey ließ ihn gestern durch seinen ersten Adjutanten und Kammerer Vicomte de Grammont becomplimentiren; doch wird die feierliche Antritts-Audienz erst nach der Rückkunft des Herrn Meusebach von Jassy stattfinden, wohin derselbe noch gestern Abends mit seinem Begleiter, dem zum Kaiser des Generalkonsulats ernannten, früher Königl. Preussischen Konsul in Rio Janeiro, Hrn. v. Thierstein, abgereist ist, um die bisher dort aufbewahrten Generalkonsulatsarchive und sonstige auf die künftigen neuen Dienstverhältnisse bezüglichen Geschäfte zu ordnen. Auch der neue russische Generalkonsul, Staatsrath Chaltshinsky, dessen Ernennung auf diesen Posten ich Ihnen bereits im April angezeigt habe, wird vielleicht schon heute oder morgen hier eintreffen.

### Bermischtes.

Ein pariser Schneidermeister, welcher für den Grafen von Chambord eine Weste, die demselben zum Geschenke gemacht werden soll, angefertigt, hat an die edlen Damen des Faubourg St. Germain ein Schreiben erlassen, welches lautet: Madame! Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Weste, welche dem Könige, dem gnädigen Herren Grafen von Chambord, zum Geschenke gemacht werden soll, fertig ist, und daß dieselbe jeden Tag von 12 Uhr Mittags bis Abends 8 Uhr bei Hrn. Humbert, Rue Venoit St. Honoré Nr. 1., zu sehen ist. Indem ich die Ehre Ihres Besuchs erwarte, genehmigen Sie, Madame etc. — Paris, den 23. Juni 1850. Humbert, Sohn.

### Locales etc.

Aus dem Krautstädter Kreise, den 11. Juli. In der vierten Sitzung am 10. d. erblickt man schon 7 Uhr Morgens ein zahlreiches Publikum vor dem Sitzungsgebäude versammelt. Die Spannung über den Ausgang der Prozeßverhandlung in der Anklage gegen den Buchhändler Valentin Stefanowski aus Posen wegen Majestätsbeleidigung hatte dasselbe ausnahmslos und fern herbeigezogen. Nach 8 Uhr tritt der Gerichtshof ein. Als Geschworene gehen aus der Urne hervor: 1) Apotheker und Rathsherr Plate aus Lissa, 2) Dr. med. Schayer aus Lissa, 3) Gutsbesitzer v. Krziewski, 4) Rittergutsbesitzer Dühring, 5) Kreisgerichtsekretär Alkiewicz, 6) Gutsbesitzer Müller, 7) Vorwerksbesitzer Schulz, 8) Rechtsanwalt Brachvogel aus Kosten, 9) Buchhändler Günther aus Lissa, 10) Gutsbesitzer v. Kosnowski, 11) Posthalter Prasnitz aus Lissa und 12) Gutsbesitzer Jankel. — Staatsanwalt Schottki vertritt das öffentliche Anklageamt, Rechtsanwalt Krauthofer aus Posen, unter passiver Assistenz des hiesigen Rechtsanwalts Stork, erscheint als der Verteidiger des Angeklagten. Weder die Staatsanwaltschaft noch die Verteidigung verwarfen einen der aus der Urne gezogenen Geschworenen. Die Verhandlung beginnt mit Verlesung der Anklageakte in Deutscher und Polnischer Sprache. Der Präsident des Gerichtshofes, Geheimrath v. Sieghardt aus Posen, läßt nachstehend noch mehrere Verhandlungen aus der Voruntersuchung verlesen. Der Defensor Krauthofer beantragt die Verlesung noch mehrerer anderer Schriftstücke und will besonders die Verfügung des Appellationsgerichts zu Posen, wodurch die Anklage von den dortigen Gerichten zurückgewiesen worden, zur Cognition der hiesigen Geschworenen bringen. Dem ersten Verlangen wird gewillfahrt, gegen das letztere erhebt der Staatsanwalt Einspruch, weil das beregte Schriftstück nicht vor der Vertheilung und zur Informirung der hiesigen Jury gehöre. Der Angeklagte recognoscirt dem incriminirten Artikel in No. 45 d. Zeitung des Ostens vom 1. Mai v. J. und bekennt sich als den Drucker und Verleger der letzteren.

Nach Verlesung einiger Formalitäten begründet der Staatsanwalt die Anklage mit einer klaren Darlegung der in dem angegebenen Zeitungsartikel enthaltenen Majestätsbeleidigung. Der als Redakteur angegebene Literat Gustav Senft hat protokolllarisch jede Verbindlichkeit eines verantwortlichen Redakteurs von sich gewiesen und darauf sich bezogen, daß an der Spitze jeder einzelnen Nummer d. Ztg. die Verantwortlichkeit

des Verlegers vorangebracht ist. Eben so hat derselbe die Autorschaft des incriminirten Artikels abgelehnt. Es könne demgemäß nunmehr nur der zur Verantwortung gezogen werden, welcher in dem durch das Gesetz bestimmten Falle und in der durch dasselbe vorgeschriebenen Reihenfolge in Anspruch zu nehmen ist. Hier also der Verleger und Drucker Er dürfe also des Anspruchs der Geschworenen auf schuldig gewärtigen. (Fortsetzung folgt morgen.)

Aus dem Krotoschiner Kreise, den 10. Juli. Durch den kürzlich in Idunz verübten schandhaften Raubmord, der außerordentlich schnell im Kreise bekannt wurde, ist Angst und Schrecken verbreitet worden, am meisten bei denen, welche in einzelnen von zahlreicher bewohnten Orten abgelegenen Etablissements wohnen, deren es im Kreise viele giebt. Und diese Beforgnis ist wahrlich nöthig, wenn es sich bestätigt, was wir so eben vernommen haben, daß in der Nähe von Kowalewo im benachbarten Pleßener Kreise ebengestern zwei Schwarzviehhändler von 5 Räubern angefallen und ihrer Baarschaft im Betrage von 76 Rthlr. beraubt worden sind. Auch ein Handwerksbursche soll um seine Sachen auf ähnliche Weise gekommen sein, während ein Fleischer, der aber beritten war, glücklich den Schnapphähnen entkam.

Ostrowo, den 5. Juli. In der heutigen Sitzung der Geschworenen saßen 8 Personen: Constantin Szwacki, Caspar Zietek, Vincent Gibasiewicz, Sebastian Machnik, Anton Blazewski, Stanislaus Blazewski, Peter Josefowicz, Andreas Zaremba auf der Bank der Angeklagten, sämtlich des Auftrahs und des Tumults beschuldigt. Ihre Defensores waren, der Justiz-Rath Hoppe, der Rechts-Anwalt Gembicki und der Rechts-Anwalt von Colomb. Die Inculpation sollen am 2. und 3. November 1848, nachdem vom Bürgermeister Bretschneider zu Sulmierzyce Behufs Vertheilung verweigerter Abgaben Militär herangezogen worden, sich in Häufen gesammelt und unter Lärmen und Pfeifen nicht nur dem Bürgermeister, sondern auch dem Kammerer und mehreren Juden die Fenster mit Steinen eingeworfen, und außerdem noch ersterem gedroht haben, ihn aufzuhängen. Von den 17 Belastungszeugen werden die Angeklagten nur theilweise und mit Unbestimmtheit der ihnen zur Last gelegten Verbrechen bezichtigt, jedoch wird als Hauptanführer der Constantin Szwacki recognoscirt, der die größte Schuld des Tumults getragen. Nach gehaltenem Requisitionum beantragte der Staats-Anwalt gegen Szwacki, Zietek, Machnik und Zaremba das „Schuldig“, während er gegen die übrigen vier Angeklagten keinen Strafantrag formirte. Die Geschworenen erachteten sämtliche Angeklagte des Auftrahs nicht überführt, dagegen erklärten sie Szwacki schuldig, bei dem am 2. und 3. Nov. 1848 zu Sulmierzyce stattgehabten Aufruhr Selbstgewalt, sowie durch Schreien und sonst Unfug an öffentlichen Orten verübt zu haben. Auch Josefowicz wurde des Unfugs durch Schreien überführt erklärt. Der Gerichtshof erkannte auf Grund dessen gegen Szwacki auf 3 Jahr und 4 Wochen Zuchthausstrafe und Verlust der National-Rokade und gegen Josefowicz auf 6 Wochen Gefängnis. Während der Verhandlung ereignete sich der Zwischenfall, daß die Angeklagten Szwacki und Zietek gegen den Gensdarm Krampe grobe Beleidigungen ausstießen, wofür der Gerichtshof sie sofort zu einer ständigen Gefängnisstrafe verurtheilte.

Ostrowo, den 6. Juli. In der heutigen Sitzung der Geschworenen wurde der Matthäus Sabeski aus Sulmierzyce vor die Schranken geführt, beschuldigt der Majestätsbeleidigung. Sein Defensor war der Rechts-Anwalt von Colomb. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er im vorigen Jahre einen aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten Landwehrmann, dem er auf dem Felde begegnete, mit den Worten angeredet habe: Du bist gemästet wie ein Stier, aber der König von Preußen ist ein Hundsfott, er hält so viele Deputirte und wir müssen sie bezahlen. Alle drei hierüber vernommenen Zeugen bestätigten diese Thatsache, worauf die Geschworenen das „Schuldig“ aussprachen. Der Gerichtshof verurtheilte demnach den Angeklagten zu 2 Monat Gefängnis und in die Kosten.

Bromberg, den 10. Juli. In unserer Gegend dürfte es wohl schon entschieden sein, wie die Ernte ausfallen wird, vorausgesetzt, daß nicht Hagelschlag oder sonst nicht berechenbare Unfälle eine Aenderung hervorrufen. Auf dem trocknen und leichten Boden wird sich nämlich die Ernte wegen des sehr trocknen Mai's nur mittelmäßig gestalten. Der auf schwerem Boden gesäete Roggen dagegen, so wie auch der Weizen werden einen sehr ergiebigen Ertrag bieten. Der Raps hat im Mai ebenfalls etwas durch die Dürre und Kälte gelitten; diese Frucht dürfte jedoch im Ganzen noch so ziemlich gerathen. Aus diesen ziemlich guten Ernteaussichten erklärt sich denn auch der niedrige Stand unserer Getreidepreise; der Weizen gilt wieder nur 44 bis 46 Thaler pro Wispel, je nach der Qualität, der Roggen 23 Thaler — An unserer städtischen Mädchenschule tritt zu Michaelis d. J. der gewiß seltene Fall ein, daß ein Ehepaar zu gleicher Zeit emeritirt wird; der Mann war viele Jahre hindurch der erste Lehrer der Anstalt in den Wissenschaften, seine Frau dagegen leitete den Unterricht in den Handarbeiten. Die erledigte Stelle des ersten Lehrers wird fortan wegen der dem Emeritus zu gewährenden Pension nur 400 Rthlr. jährlich tragen.

Knoslaw, den 10. Juli. In jener Zeit, als das neue Preßgesetz noch nicht existirte, wurden hier zum 1. d. M., zwei Local-Blätter angekündigt, von denen das eine wöchentlich einmal und das andere zweimal unter der Benennung „Knoslawer Wochenblatt“ erscheinen sollte. Die Königl. Regierung zu Bromberg hat aber, auf Grund des neuen Preßgesetzes, derartige Blätter für cautionspflichtig erklärt und unter Hinweisung auf die Caution erheischenden Punkte, dahin entschieden, daß nur rein technische Zeitschriften, die freilich zugleich Anzeigen enthalten dürften, von der Caution entbunden sind, dagegen schon diejenigen der Cautionspflicht unterliegen, die harmlose Erzählungen und Berichte über Unglücksfälle etc. enthalten, wie vielmehr nicht solche, die über Kommunal-Angelegenheiten (Sozialismus) sprechen. Auf diese Weise ist nun den beiden Herausgebern ein gewaltiger Strich durch die Rechnung gemacht und der eine ist wegen der ersten Nummer, die er auf's Gerathewohl hat unter das Publikum vertheilen lassen, bereits denunciirt worden. Caution zu bestellen, dazu werden sich beide schwerlich bequemen und so ist uns die Freude, auch nur ein Lokalblatt zu haben, zu Wasser geworden.

### Musterung polnischer Zeitungen.

Dem Czas wird in No. 150 aus Posen Folgendes geschrieben: Zu den kleinen Skandalen, welche wir in diesen Tagen hatten, gehörte die gerichtliche Schließung der Buchhandlung der Witwe Woykowska, welche auf Antrag des Rechtsanwaltes Krauthofer wegen einer bedeutenden Summe, die der verstorbene Woykowski diesem schuldete, plötzlich erfolgte. Man staunte darüber um so mehr, als die

Uebereinstimmung der Grundsätze und die Freundschaft des Verstorbenen mit dem Herrn Rechtsanwalt allgemein bekannt waren, und der in den Zeitungen durch die Witwe Woykowska veröffentlichte Vermögenszustand der Buchhandlung deutlich ergab, daß die Aktiva die Passiva weit übersteigen, so daß Herr Krauthofer in der That keine Ursache hatte, wegen jener Summe in Beforgnis zu sein, und solchen Zwiespalt unter seiner Partei zu erregen.

Ich weiß nicht, ob es in Folge des allgemeinen Krieges gegen die Zeitungen, oder aus einer anderen Ursache geschieht, genug, seit einiger Zeit kommt uns Ihr Czas sehr unregelmäßig zu, oft erhalten wir in zwei oder drei Tagen keine Nummer, und dann wieder an einem Tage mehrere zugleich. Vielleicht studirt man ihn in der Absicht, um ihm den Postdebit ebenfalls zu entziehen; denn was ist die Censur im Vergleich mit einem Mittel, das die Leute so radikal von der Leselust heilt? Es ist auch möglich, daß jene Unregelmäßigkeit in der Unordnung ihren Grund hat, die auf der Post mit jedem Tage auf recht fühlbare Weise zunimmt, seitdem das General-Postamt aufgehoben, und die Postverwaltung eine Abtheilung des Handelsministeriums geworden ist.

Hierauf erzählt der Posener Correspondent, daß der Oberpräsident auch dem Goniec Polski, einem Blatte, das jede Opposition gegen die Preussische Regierung grundsätzlich vermeidet und die Polnischen Interessen nur streng innerhalb der Grenzen der Preussischen Gesetze vertritt, den nachgesuchten Postdebit verweigert habe, und nachdem er das bezügliche Antwortschreiben des Oberpräsidenten an den Redakteur jenes Blattes, Herrn Kofe, mitgetheilt hat, fügt er hinzu: Man muß gestehen, diese Antwort ist kurz und bündig, eine eben solche Antwort würde man von einem Pascha von drei Rossschweifen oder von einem Chinesischen Mandarinen erhalten. „So will ich's, weil ich mich in übler Laune befinde, oder weil es so meinen Freunden convenient!“ Das ist jetzt bei uns die „suprema lex“ (das höchste Gesetz); „in eine Erörterung der Gründe mich einzulassen, ist ganz überflüssig, da die Satrapen-Gewalt sich einmal in meinen Händen befindet!“

Derselbe Correspondent berichtet weiter: Ich kann nicht unterlassen, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß gleichzeitig aus Wien im Journal des Debats, aus Galizien in der Augsburger Allgemeinen Zeitung und von der Polnischen Grenze in der Breslauer Zeitung Correspondenz-Artikel zum Vorschein gekommen sind, welche von einer beabsichtigten Errichtung Polens sprechen. Ich lege mir auf die beiden ersten Blätter, welche gewöhnlich aus guten Quellen schöpfen, Gewicht; von der Breslauer Zeitung will ich nicht reden, da sie als Fabel- und Märchendichterin hinlänglich bekannt ist. Das gleichzeitige Hervortreten jener Nachrichten in den beiden erstgenannten Zeitungen hat auf die hiesige Beamtenwelt einen gewissen Eindruck gemacht.

Der Goniec Polski enthält in Nr. 7 folgendes Kuriosum: Vor Kurzem wurde in Parma ein Pferd zur Gefangenschaft und zum Tode verurtheilt, weil es nicht geschickt genug sprang; jetzt ist die herzogliche Regierung auf den heiligen Antonius aufgebracht, und verfährt mit ihm, wie mit einem Revolutionär. Am 13. Juni nämlich, dem Festtage des heiligen Antonius, war das Bild desselben in Parma mit Blumenkränzen von Rosen und weißen Lilien bekränzt, welche mit den grünen Blättern die italienische Tricolore bildeten. Sogleich begab sich eine Gerichts-Kommission an Ort und Stelle, überzeugte sich durch den Augenschein von den revolutionären Absichten des Heiligen, verfügte die Konfiskation der Blumen, und ersattete über den Vorfall einen Bericht, in Folge dessen die oberste Behörde den armen Heiligen dadurch strafe, daß sie die Prozession, welche an jenem Tage gewöhnlich zu seiner Ehre gehalten wird, verbot. Es klingt dies unglaublich, und doch ist es wirklich wahr!

### Skizzen aus Belgien. (Fortsetzung.)

Die eigentlich politische Parteiung Belgiens ist von der das Volk in die beiden Hälften der Wallonen und Flämänder theilenden nationalen Parteiung ganz unabhängig und durchkreuzt dieselbe meistens. Sie ist aber auch wieder anderer Natur, als gegenwärtig in den meisten anderen Ländern Europas. Hier handelt es sich durchaus nicht etwa um Monarchie oder Republik wie in Frankreich, oder um Absolutismus und Konstitution, oder um allgemeines oder beschränktes Wahlrecht, oder um Beschränkung oder Erweiterung der Pressefreiheit, oder um sonstige Ausbildungen innerhalb des konstitutionellen Staatswesens an und für sich. Es handelt sich in Belgien wesentlich um die Stellung der Kirche zum Staate. Daher werden auch die beiden bedeutendsten politischen Parteien bezeichnet als die katholische und als die liberale. Die liberale Partei besteht aber nicht etwa aus Protestanten oder Juden; deren Zahl ist in Belgien so überaus gering, daß sie gar nicht in Anschlag kommt. Die Liberalen sind so gut Katholiken als die par excellence Katholiken genannten. Die liberale Partei in Belgien will aber das Staatswesen frei halten von hierarchischen Ueberresten, die Grundlage derselben ist gegeben in dem Spruche Christi: „Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist, und Gott was Gottes ist.“ Damit ist die sogenannte katholische Partei nicht einverstanden. Die will herrschen, wie in der Kirche so im Staate. Da sie nun aber keinen Priesterstaat in sichtbarer Form schaffen kann, so will sie ihren mächtigen Einfluß in alle staatlichen Verhältnisse bringen lassen und sucht sich dafür auch die bestehende Form des Staates dienstbar zu machen, um in geschehenen Wege ihre Macht im Staate zu organisiren. Je nach Umständen und Bedürfnissen erscheint sie daher als eine Verfechterin oder Bekämpferin der Freiheit. Sie hat die Freiheit der Vereine und Verbindungen verfochten, um auf Grund dessen ihre Orden und Klöster gesetzlich im Staate zu haben, wie ja denn die Zahl der Klöster in Belgien außerordentlich groß ist, und das kleine Land als eine wahre Fundgrube der Jesuiten gilt. Sie hat die absolute Freiheit des Unterrichts verfochten, um dadurch die Möglichkeit zu gewinnen, das gesammte Unterrichtswesen im ganzen Lande in ihre Hand zu bekommen, und die in den Staatsschulen festgehaltene, dem Jesuitismus feindliche wissenschaftliche Ueberwachung des Staates zu beseitigen.

Dies Letztere ist bis jetzt ihr unablässiges Bestreben gewesen, sie hat ihr Ziel aber nicht nur nicht erreicht, sondern in neuester Zeit sogar eine starke Niederlage erlitten. Das gegenwärtige Ministerium gehört der anderen, also der liberalen Partei; daß es in seinen antijesuitischen Bestrebungen großen Anklang im Volke findet, hat sich vor Kurzem erst bei der Wiederwahl des Ministers Rogier gezeigt, der das Departement des Unterrichts hat, also gerade bei diesem Kampfe der katholischen Partei besonders ein Dorn im Auge war. Der Minister Rogier hatte seine Kandidatur in Antwerpen; der Clerus soll die unglaublichsten Anstrengungen gemacht haben, seine Wiederwahl zu hintertreiben, alle Bestrebungen aber scheitern; als die Wiederwahl Rogiers bekannt geworden, wurde die Stadt illumirt, und das geschah gerade



Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, resp. Realprärendenten, namentlich: